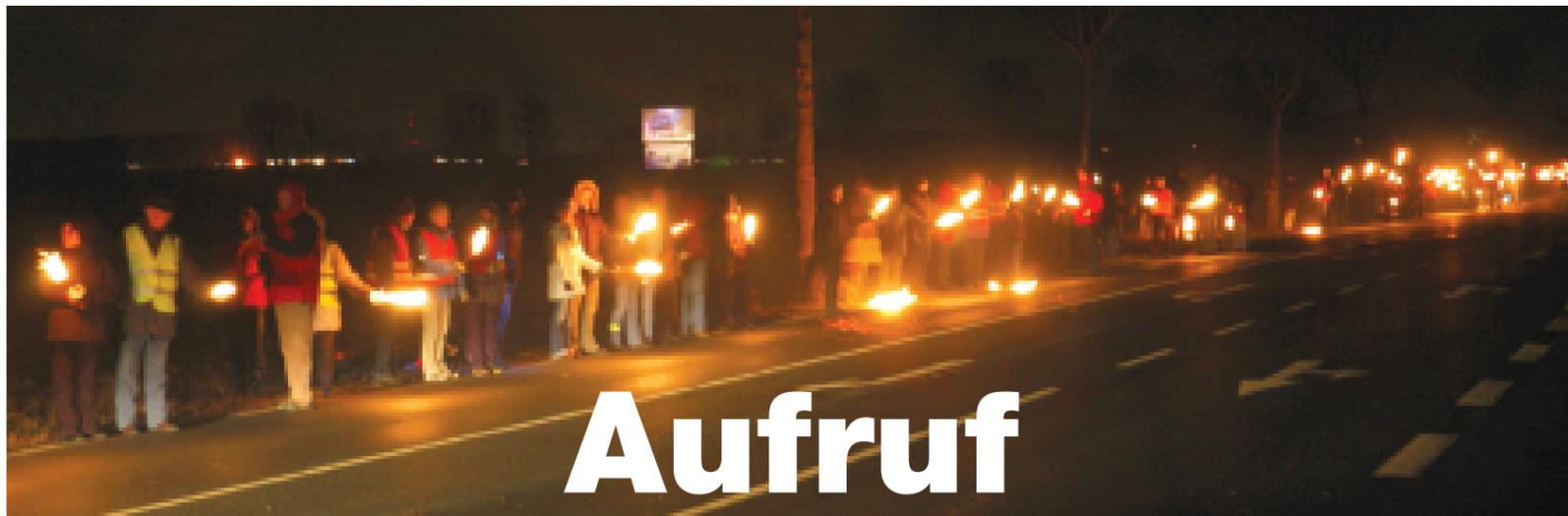


LICHTERKETTE 2012 DURCHS BRAUNSCHWEIGER LAND



Aufruf

Ein Jahr nach Beginn der Fukushima-Katastrophe soll es am 11. März, Punkt 19.00 Uhr wieder eine Lichterkette quer durch die Region geben, die - wie schon 2009 - Atommüll-Brennpunkte im Braunschweiger Land verbindet. Noch immer laufen Atomanlagen und mit der Rückholung aus der ASSE II ist nicht begonnen worden. Wir akzeptieren

- kein „RESTRISIKO“
- keine „NIEDRIGSTRAHLUNG“
- keine FLUTUNG des Atommülls.

Stopt endlich den verantwortungslosen Umgang mit ASSE II, Morsleben, Gorleben, Schacht KONRAD und bei

Eckert & Ziegler durch die zuständigen Behörden und Ministerien! Das Konzept der Lichterkette kann nur funktionieren, wenn sich viele tausend Menschen gleichmäßig auf der Strecke verteilen. Um dies zu koordinieren, brauchen wir dringend zahlreiche Helfer und Helferinnen, die für einen überschaubaren Streckenabschnitt „zuständig“ sind und dort den Ablauf betreuen. Am besten funktioniert das in einer kleinen Gruppe. **Aktive Beteiligung an der Durchführung der Lichterkette 2012** Zur Durchführung der Lichterkette am 11. März 2012 werden noch viele aktive (Klein-)Gruppen gesucht, die kurze

Streckenabschnitte betreuen. Bei der Lichterkette im Jahr 2009 hat sich das Konzept mit den so genannten Info-Punkten bewährt. Am 11.3. soll der organisatorische und zeitliche Ablauf wieder genauso ablaufen, außer das die Strecke um 50% länger sein wird. Es werden also deutlich mehr Info-Punkte auf der Strecke benötigt. Eine solche Gruppe kann aus einem kleinen privaten Freundeskreis bestehen, aus Arbeitskollegen und -kolleginnen, aus Vereinsmitgliedern, einer Kirchengruppe, Gewerkschaftsmitgliedern, Ortsverbänden von Parteien, Schülern und Schülerinnen, Umweltverbänden oder was es immer noch an

sozialen oder organisatorischen Zusammenschlüssen gibt. **EINE GEMEINSAME INITIATIVE VON:** Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. - AntiAtom-Braunschweig - AufPASSEN e.V. - Bürgeraktion Sichere Asse (BASA) - Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS), Braunschweig - ROBIN WOOD - IPPNW- Braunschweig Wolfenbütteler AtomAusstiegs- Gruppe (WAAG).

Steuerlich absetzbare Spenden bitte mit Stichwort „Lichterkerette“ an:
AG Schacht KONRAD - Sonderkonto
645561305 - Postbank Hannover
(BLZ 250 100 30)

Inhalt

Mundlos (CDU) für Autobahnanschluss in Thune	Seite 2
Eckert & Ziegler Bauantrag	Seite 2
Alle Parteien für den Tunnel?	Seite 3
... wie auf dem Basar	Seite 4
Schluss mit dem Untertanengeist	Seite 5
Borek verzichtet auf 4. Schlossfassade	Seite 5
Braunschweig Pass kommt	Seite 6
ACTA zu den Akten legen	Seite 7
„Unverworfener Strahlenfranz“	Seite 8



Buchler/Eckert & Ziegler: Einsicht erneut verweigert



Atomares Material auf Buchlergelände zu gefährlich für die Öffentlichkeit. Einsicht wird verweigert. Wegen der hohen Brisanz der bereits auf dem Buchler-Gelände lagernden radioaktiven Materialien zieht Eckert&Ziegler alle Register, um öffentliche Einsichten zu verhindern. Zu diesem Zweck hat die Nuklearfirma über ein Rechtsanwaltsbüro dem Gewerbeaufsichtsamt untersagt, die Inventarlisten zur Einsicht offenzulegen. Zitat aus dem Schreiben des Gewerbeaufsichtsamtes (GAA) an die BISS:

„Die bei Herausgabe der Inventarlisten nicht zu vermeidende Verbreitung der Inventarlisten per Internet könnte die Gefahr von terroristischen Anschlägen und von Diebstahlsversuchen hinsichtlich der auf dem Firmengelände lagernden radioaktiven Stoffe erhöhen. Der Schutz der Bevölkerung ist ein „bedeutsames Schutzgut der öffentlichen Sicherheit“ gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 1 UIG.“ www.braunschweig-biss.de/?p=1510#more-1510

Das Schutzinteresse der Bevölkerung, zu erfahren, welche Gefahren jetzt schon vom Buchler-Betriebsgelände ausgehen, wird einfach umgedreht; nicht etwa vom Umgang mit den geheimgehaltenen atomaren Substanzen mitten im Wohngebiet gehe die Gefahr für die Bevölkerung aus, sondern von deren Offenlegung. So brisant und gefährlich sind die Materialien, mit denen seit Jahren auf dem Buchlergelände - mitten im Wohngebiet und verborgen vor der Öffentlichkeit - herumhantiert wird?

Fracking: Braunschweiger Region im Zentrum gefährlicher Gasgewinnung

Der Ratsherr Matthias Stoll von der Piratenpartei in Gifhorn fragte am 13.01.2012 beim Bürgermeister nach: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nerlich, ich hätte hier mal eine dringende Anfrage an die Verwaltung der Stadt. Wie aus dem Internet zu entnehmen ist, wurden in Niedersachsen und vor allem wohl auch im Raum GF-WOB-HE-BE durch Gasgewinnungs-Firmen wie BNK Deutschland sog. „Claims zur Gasgewinnung“ mittels des umstrittenen Fracking-Verfahrens abgesteckt, www.gegen-gasbohren.de Welche Kenntnisse liegen der Verwaltung über diese Aktivitäten vor, gab es bereits Kontaktaufnahmen zu den Gifhorner oder benachbarten Verwaltungen?“ Nach Informationen der Firma BNK habe man sich die ganze Region Braunschweig, von Gifhorn, Braunschweig, Wolfsburg, Helmstedt, Wolfenbüttel inkl. zugehöriger Landkreise bereits gesichert, mit diesen Städten sei man bereits in engerer Abstimmung der Pläne. Es geht um „unkonventionelle Gasgewinnung“ aus größerer Tiefe durch Einpressen großer Mengen hochgiftiger Chemikalien in den Boden, wodurch das Tiefengestein aufgebrochen werde und die im Gestein in Poren ge-

lagerten Erdgase ausgepresst werden. In Niedersachsen und Sachsen-Anhalt lockt das große Geschäft - noch bis zur Landtagswahl scheint man das unter Dach und Fach bringen zu wollen, was in anderen Ländern aus Gründen der Boden- und Wasservergiftung längst verboten ist. **Wasserschutzgebiet in BS-Lamme aufgehoben.** Zufall? In der November-Ratssitzung wurde seitens der Braunschweiger Stadtverwaltung der Wasserschutz für Lamme aufgehoben, das Wasserschutzgebiet am Bienroder Weg könnte bald folgen. Über Zusammenhänge zu den Fracking-Plänen von BNK verlautbart aus dem Rathaus rein gar nichts. Deswegen haken nun auch die Piraten sowie die BIBS-Fraktion im Braunschweiger Rathaus mit Anfragen nach. Die BIBS-Anfrage zur Ratssitzung am 28.2. lautet: „Bestehen Zusammenhänge mit jüngst vorangetriebenen Aufhebungen von Wasserschutzgebieten im Norden von Braunschweig?“ **Info- und Koordinationstreffen** Am Do., den 23.2., lädt die Piratenfraktion ins BS-Rathaus, Raum 63 ein. Es soll das weitere Vorgehen abgesprochen und für die Region koordiniert werden.

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweigischen Landessparkasse (BLZ 250 500 00), Stichwort „Spende“.
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

Radioaktive Abfälle in BS-Thune – harmlos oder unverantwortlich?

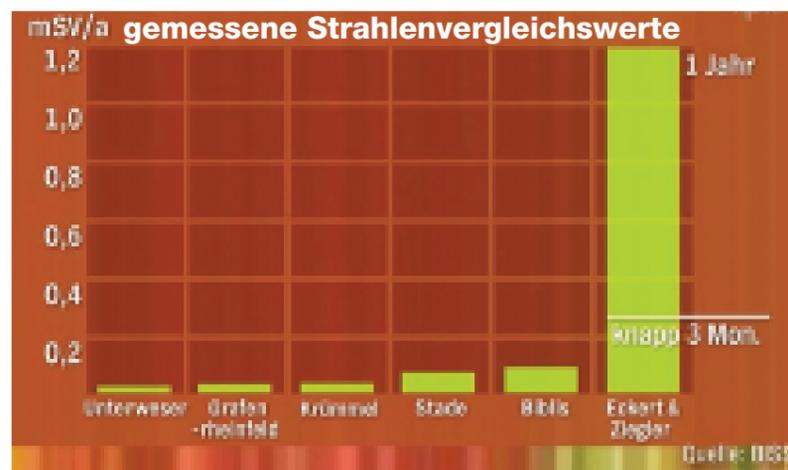
Spätestens seit dem die Bundesregierung nach dem Erkenntnisgewinn aus der Fukushima-Katastrophe den Ausstieg aus dem Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomenergie beschloss, drängt sich die Frage auf, wer in Deutschland die Taschen aufhält, um anfallenden Atommüll zu konditionieren und in irgendwann verfügbare End(?)lager zu verbringen. Dabei geht es nicht nur um abgebrannte Brennelemente, sondern auch um schwach- und mittelstark strahlende Abfälle. Eine Antwort hatte Eckert schon 2010, wie in einem FOCUS Artikel vom 30.03.2011 zu lesen ist:

„Eckert & Ziegler ist seit 20 Jahren weltweit die Nummer eins bei radioaktiven Komponenten. Wenn einer dafür qualifiziert ist, radioaktive Stoffe zu entsorgen, dann sind wir das.“

Atommüllabfuhr

Um diesem lukrativen Geschäft ein Stück näher zu kommen, wurde eine neue Tochtergesellschaft gegründet, die Eckert & Ziegler Umweltdienste GmbH, die erst im August 2011 beim Registergericht Charlottenburg/Berlin eingetragen wurde. Ebendiese Firma stellte daraufhin im November einen Bauantrag zur Errichtung einer neuen ca. 1.800 qm großen Industriehalle,

nachdem zuvor das 16.000 qm große, westlich angrenzende Nachbargrundstück gekauft worden war. Jedem Braunschweiger sollte klar sein, dass es dabei nicht um eine Verbesserung des Strahlenschutzes geht, die Eckert in der Braunschweiger Presse gerne als Argument nennt. Es handelt sich vielmehr um eine massive Expansion zum Zweck der Verarbeitung von Atommüll und damit zwangsläufig auch dessen Transport und der mindestens kurzfristigen Zwischenlagerung bis zur beabsichtigten späteren Einlagerung in Schacht Konrad. In jedem Fall ist von einer Expansion des Um-



gangs mit strahlenden Abfällen sicher keine Verringerung des auf dem Thuner Gelände befindlichen strahlenden

Inventars und dessen Strahlungsemissionen zu erwarten. Frank Steinberg, BI Strahlenschutz (BISS)

Der Bauantrag

Auf dem Hearing am 25.1.2012 sollte der städtische Vertreter, Herr Hornung, den Bauantrag der Öffentlichkeit vorstellen; dabei hat er leider die im Bauantrag direkt genannte Verbindung zu Schacht Konrad verschwiegen.

Der Bauantrag für das Flurstück 226, Flur 2 in Thune (Auszüge gemäß Akteneinsicht der BIBS-Fraktion im Braunschweiger Rat)

Antragsteller: Eckert&Ziegler Umweltdienste GmbH, 13125 Berlin, Rober-Rössle Str.10, am 19.8.2011 unter dem Namen, eingetragen ins Handelsregister Berlin-Charlottenburg (HRB 136114B). Antrag vom 18.11.2011 (Eingangsstempel bei der Stadt vom 22.11.2011) gemäß Nds. Bauordnung § 75 bzw. 75 a von 1968.

Architekt: Ottinger&Möhndick, BS, Kaffeetwete.

Baubeschreibung: (Auszüge) Neubau von Gebäude zur Durchführung von Messung, Konditionierung und sicheren Verpackung schwach radioaktiver Abfälle in die sog. Konrad-Container „zur späteren Einlagerung in Schacht Konrad, der ab 2014 als Endlager zur Verfügung stehen wird.“ Abmessungen 62,7 x 28,6 Meter, mit 110 qm Kellergeschoß, Baustandort hinter GE Healthcare im 1. OG befinden sich Büroräume, Pausenraum, Teeküche, Sanitäräume und Umkleide für 20 MitarbeiterInnen (16 männlich, 4 weiblich).

Immissionen: Es ist ein 25 Meter hoher Abluftschornstein vorgesehen. Die Abluftverunreinigung wird beschränkt gemäß noch separat zu beantragender Strahlen-Schutzgenehmigung. Luftfilterklasse H14

Betriebsabfälle: Büroabfälle, Prozessabfälle gemäß noch separat zu beantragender Strahlenschutz-Verordnung (StrlSchV); Abfallentsorgung: über Hausmüllabfuhr und gemäß noch separat zu beantragender StrlSchV; Abwasser: Art und Menge gem. noch zu beantragender StrlSchV;

Sonstige Gesundheitsgefahren und Unfallgefahren: Ionisierende Strahlung, für den Umgang wird eine gesonderte Genehmigung nach Strahlenschutz-Verordnung beantragt.

Auf den beigegeführten Bauzeichnungen und Übersichtsplänen ist die Anlieferung über das alte EZAG/Buchler Grundstück mit einer inneren Parallelstr. bis zur neuen Betriebshalle dargestellt.

Vollständigkeit: es fehlen noch Lageplan, Wärmebedarfsberechnung und gutachterliche Stellungnahme zum Brandschutz ... soll alles noch nachgereicht werden.

Lichterkette 2012, 11. März Punkt 19 Uhr

Infotelefon: 0151/ 56 59 14 47,
AnspruchspartnerInnen in der Region:
Braunschweig:
Thomas Erbe · braunschweig@lichterkette2012.de · Tel: 0176/59526228
LK Wolfenbüttel Nord:
U. Jacob-Prael · basa-sichte@web.de · Tel: 05305/1729
LK Wolfenbüttel Süd:
Udo Dettmann · dettmann@asse2.de · Tel: 0177/2000086
LK Wolfenbüttel West:
E. Bischoff · eleonore.bischoff.wf@web.de · Tel: 05331/7412
Salzgitter:
Ludwig Wasmus · ludwig.wasmus@gmx.de · Tel: 05341/63123

Brennpunkt "Eckert & Ziegler"
Atommüll verarbeitende Firma in Braunschweig-Thune; mitten im Wohngebiet; stark erhöhte Strahlendosis; will Baugenehmigung zur Erweiterung, Asse-Lauge verarbeiten und Konrad-Müll konditionieren

Schwarzbau "Gorleben" (120 km nordöstlich)
als Erkundungsbergwerk heimlich endlagerfähig ausgebaut gilt auch der Salzstock Gorleben in der Wissenschaft als ungeeignet; die Bundesregierung hält weiter daran fest und stellt schon mal jährlich die Castor-Behälter vor die Tür

wilde Kippe "Morsleben" (40 km östlich)
mit der Wiedervereinigung übernahm die BRD 1990 das ehemalige DDR-Endlager ohne weitere Atomrechts-Prüfung und kippte dort bis 1998 illegal Atommüll ab; jetzt will sich das Bundesamt für Strahlenschutz das ERA Morsleben nachträglich genehmigen lassen

Sackgasse "Schacht Konrad"
Konzept aus den 80er Jahren; als "Endlager" seit 2002 genehmigt, geologisch ungeeignet; entspricht nicht den Sicherheitskriterien nach Stand von Wissenschaft und Technik; soll laut BfS 95% allen Atommülls aufnehmen und ca. 2019 in Betrieb gehen

Dreh- und Angelpunkt "Asse II"
Salzbergwerk, das samt Atommüll abzusaufen droht und die Umwelt bedroht; "Versuchsendlager" für Gorleben, an dem Politik und Behörden gescheitert sind

Der Asse-Müll muss raus! Atomanlagen aus!

Am 1. Jahrestag von Fukushima finden bundesweit Aktionen statt, mit der Lichterkette wollen wir im Braunschweiger Land abends gemeinsam einen Abschluss setzen: ab 18:00 Uhr Aufbau der Infopunkte ab 18:30 Uhr Anreise & Verteilung auf der Strecke Punkt 19:00 Uhr Lichterkette steht & alle Lichter leuchten

Hochverstrahlte Boxen in Thune

Neben einer Cäsium-Box sind auch noch drei Strontium-Boxen auf dem Buchler-Gelände aufgetaucht



Heidi Wanzeilius (bis November 2011 Ratsfrau der BIBS) fragte den Firmenchef Eckert

am 25.2.2012 in der Stadthalle nach einer stark strahlenden Cäsium-Box. Antwort: „Ja, sie existiert, es handelt sich um eine ausgemusterte

Arbeitsbox zur Herstellung von Cäsium-137-Materialien“. Sie sei auf dem Gelände verpackt und „gesichert“, man habe dafür „noch kein Entsorgungskonzept.“

Seitdem hatte eine Akteneinsicht der BIBS im August 2011 ergeben, dass es zusätzlich auch noch weitere solcher ausgemusterte Anlagen für Strontium-Materialien dort gibt.

„Die Produktionsanlage (3 Boxen, in

denen mit radioaktiven Stoffen gearbeitet werden kann und einige kleine Schleusen) ist so stark radioaktiv kontaminiert, dass eine Dekontamination unwirtschaftlich ist und unnötig viel Abfälle erzeugen würde. Die Firma [Eckert&Ziegler, d. Verfasser] hat beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) den Antrag gestellt, die Anlage in einen Konradbehälter zu verpacken, der bei Einlagerungsbeginn in den

Schacht Konrad verbracht werden kann.“ (Brief des Gewerbeaufsichtsamtes vom 19.05.2011 an die Stadt Braunschweig).

Alle vier Boxen, sowie weitere verschrottete Anlagen können nicht „entsorgt“ werden, zumal eine Einlagerung in den Schacht Konrad höchst umstritten ist und vor 2019 sowieso gar nicht erlaubt wäre.

Meldungen ... Meldungen

AG Schacht Konrad & Asse-II-Koordinationskreis: Stadt wieder dabei! Mehrheitlich stimmte der Rat am 13.12.2011 diesem BIBS-Antrag zu: Die Stadt Braunschweig tritt wieder der AG Schacht Konrad bei und unterstützt den Asse-II-Koordinationskreis! Die Stadt war schon vor Jahren unter Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann aus der Reihe der Mitglieder und Unterstützer ausgeschieden und hatte sich damit ins Abseits gestellt, nachdem sie praktisch ein Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft war und Ende der 1980er Jahre als eine der ersten Kommunen „unser Bemühen unterstützten

hat, die gesellschaftlich breite Ablehnung der Atomenergie in der Region deutlich zu machen“, so Peter Dickel von der AG Schacht Konrad in einer Grußbotschaft an die BIBS-Fraktion.

Atom-Verladebahnhof Beddingen

Der Bahnhof Beddingen liegt im Stadtbezirk 222 von Braunschweig bei Geitelde. Dort soll der Atommüll vom Zug auf normale Lkw geladen werden, die dann 10 - 20 mal pro Woche durch unseren Stadtbezirk fahren. Von dort werden sie weiter bis zum Gelände des Endlagers Konrad bei SZ/Bleckenstedt und in die Umladehalle transportiert – dem Ort, wo auch die von LKW transportierten Abfälle angenommen werden. Anschließend werden alle Behäl-

ter mit einem Kran auf einen Plateauwagen gehoben und zum Strahlenschutzmessplatz gefahren und nach der dortigen Freigabe unter Tage befördert... Wird Braunschweig nun etwa zum Drehkreuz für radioaktive Transporte?

Sogar Kernbrennstoffe in Thune?

Man sei doch kein Atomkraftwerk, mit Kernbrennstoffen habe man auf dem Buchler-Gewerbegrundstück in Thune nichts zu tun, versicherte der Firmenchef Dr. Eckert den 1.300 Teilnehmern des Hearings am 25.1.2012 in der Stadthalle.

Stimmt leider nicht: Auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Perli und Weisser-Rölle (Linke) im Landtag gab

die Nieders. Landesregierung am 19.4.2010 bekannt:

„Die Fa. Eckert&Ziegler Nuclitec GmbH hat für den Produktionsstandort Braunschweig eine Genehmigung gemäß § 7 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) zum Umgang mit radioaktiven Stoffen. Diese Genehmigung beinhaltet auch den Umgang mit Kernbrennstoffen gemäß § 3, Abs.2 Atomgesetz (AtG) [...] Das MU (Nds.Umweltministerium) hat weiterhin eine Genehmigung gemäß § 9 AtG zur Bearbeitung, Verarbeitung und sonstigen Verwendung von Kernbrennstoffen außerhalb genehmigungspflichtiger Anlagen erteilt.“ (Landtagsdrucksache 16/0000)

Meldung ... Meldung ... Meldung

CDU-MdL Mundlos will Autobahnanschluss für Thuner-Gewerbegebiet

In der Bezirksratssitzung am 22.11.2011 beantragte Heidemarie Mundlos, CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete, für den Thuner „Transportverkehr soll eine kürzere Anbindung an die Autobahn eingeplant werden“.

Dieses Ansinnen lehnte der Bezirksrat mit der neuen Mehrheit von SPD/Grüne/BIBS ab und beschloss stattdessen, die „ausschließlich landwirtschaftliche Nutzung der Flächen im Sinne der Wohngebiete ist festzuschreiben.

Die Bebauungspläne sollten dahingehend angepasst werden, dass die jetzige gewerbliche Nutzung auf ein mit der städtebaulichen Entwicklung der Umgebung verträgliches Maß begrenzt wird“. (Beschluss vom 22.11.2011, Stadtbezirksrat 323)

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter www.braunschweig-biss.de



Offiziell wird hier von "Braunschweiger Biotop" geredet

Manlik CDU hat falsch berichtet: Doppelt so viele Bäume wurden gerodet!

Mit geschönten Zweckbestimmungen und falschen Zahlenangaben sind sowohl die Landesbehörden zum Erhalt von Fördergeldern als auch die Öffentlichkeit getäuscht worden.

In der Öffentlichkeit hatte Manlik als Aufsichtsvorsitzender der Flughafengesellschaft von 20.000 zu rodenden Bäumen geredet: „Ich habe die Bäume nicht gezählt [...] vielleicht sind es nur 20.000.“ (BZ Anfang 2010)

Im Förderantrag 2009 waren 26.000 Baum-Rodungen reingeschrieben worden, wofür 544.000 Euro kalkuliert worden waren.

Nun muss man aktuell der Landesprüfstelle erklären, warum dann 41.132 Rodungen und zusätzlich noch einmal 2.000 sog. Baumkürzungen mit 1.389.500 Euro zu Buche schlagen. Das ist immerhin eine Kostenüberschreitung von 850 Tsd. Euro.

Zuzurechnen noch einmal 242 Tsd Euro für privates zusätzliches Sicherheitspersonal, weil man mit soviel Widerstand der Bevölkerung nicht gerechnet habe, wie man der Prüfbehörde zu erklären versucht.

Solche und weitere Tricksereien könnten nun zum kompletten Förder-Verlust führen, zumal immer deutlicher der vorgeschriebene Förderzweck, regionale Fördergebiete, in Frage steht und Herstellung von Flugbahnen als Hauptzweck wird nun mal nicht gefördert.

Meldung ... Meldung ...

Grasseler Straße:

Abstufung abgelehnt

Die Grasseler Straße bleibt auch weiterhin Landesstraße (L 293) und wird nicht zur Kreisstraße degradiert, wie die Verwaltung mit ihrer Vorlage beabsichtigt hatte. Das hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am 30.11.2011 mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU entschieden und der Verwaltung damit einen ordentlichen Schuss vor den Bug verpasst. Nach Verabschiedung der neuen Hauptsatzung ist der Bauausschuss als zuständiges Gremium in diesem Falle die letzte Instanz. Die Ausschussmitglieder der SPD, Grünen, BIBS und Piraten schlossen sich mit ihrem Abstimmungsverhalten dem Votum des Stadtbezirksrates Wabe-Schunter-Beberbach an, der die Verwaltungsvorlage zuvor bereits einstimmig abgelehnt hatte. Lediglich die CDU-Ratsmitglieder waren im Bauausschuss nicht bereit, dem Wunsch ihrer Parteikollegen aus dem Bezirk Folge zu leisten und stimmten gegen die Vorlage. Über die Einstufung als Landesstraße oder Kreisstraße hat jetzt nicht mehr die Stadt das Sagen, das letzte Wort hat das Land. Im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr wird der Vorgang nunmehr zur abschließenden Entscheidung auf dem Schreibtisch landen. Solange ist auch das Land für eine neue Straßenführung mit verantwortlich.

Tunnel als direkte Straßen- verbindung im Norden gefordert



Seit der Sondersitzung des Bezirksrates im Januar ist die Tunnellösung wieder auf dem Tisch.

Der Bezirksrat hat einstimmig beschlossen, diese Variante bei der neuen Untersuchung mit aufzunehmen. Noch vor einem halben Jahr, haben mich alle belächelt wegen dieser Forderung, und jetzt kommt sie per Dringlichkeitsantrag von der CDU.

Die Verwaltung hat viel geredet, aber wenig gesagt. Meiner Ansicht nach war bereits seit dem 26.1.2011 (Brief der NLStBV) klar, dass die Ostumfahrung aus rechtlichen Gründen nicht kommen darf. Die Bürger so lange im Dunkeln tappen zu lassen und sie mit einer Nulllösung abspesen zu wollen, ist unglaublich. Die Spange mit Ortsdurchfahrt Waggum als Variante zu betiteln, finde ich besonders dreist. Die Spange wäre unabhängig von der Sperrung der Grasseler Straße gebaut worden. Sie ist

eine Gewerbeerschließungsstraße und dadurch auch förderfähig. Politisch bedingt musste die Erweiterung ihren Abschluss vor der Wahl finden, deshalb blieb das lästige Thema Verkehrsregelung außen vor. Die Verantwortung wurde auf die NLStBV abgewälzt, obwohl von deren Seite ein deutliches Signal gegen eine Ostumfahrung vorlag. Herr Lehmann sagte dazu, dass der Bezirksrat unterrichtet gewesen wäre. Laut Gutachten ist die Tunnellösung die sinnvollste.

Dies wird auch von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte bestätigt, deren Schutzziele derzeit nicht den Vorgaben entsprechen. Dies steht im Widerspruch zu den Aussagen von Herrn Lehmann am 13.01.2012 in der Bürgerfragestunde.

Ohne Tunnel: „politisch nicht tragfähig“

Am 21.5.2003 erklärte OB Hoffmann gegenüber dem Wirtschaftsminister Herrn Hirche, ohne eine Tunnellösung sei „die Maßnahme insgesamt für die

Stadt Braunschweig politisch nicht tragfähig.“ Eine Unterführung der Landebahn wurde einzig und allein aus Kostengründen nicht weiter verfolgt. Diese Kosten haben nun aber die Bürger durch Ihre weiteren Fahrten zu tragen. Hinzu kommen Lärm, Umweltbelastungen und nicht zuletzt fallende Immobilienwerte durch den Verlust an Lebensqualität. Vom Zeitverlust für die Schulkinder ganz zu schweigen.

Ich finde es ungeheuerlich, dass ein Flughafen, der jährlich 3 Mio. € Defizit schreibt, für 47 Mio. € ausgebaut wird, an einem Verkehrskonzept für die Bürger aber gespart wird. Neue Verkehrszählung heißt die Devise der Flughafen GmbH und jeder Einwohner fragt sich, wie oft denn noch gezählt wird...vielleicht bis die Zahlen genehm sind.

Wenn die Erweiterung für die Forschung des DLR gewünscht wird, dann stehen auch das DLR, die Flughafengesellschaft, die Stadt, das Land und sogar der Bund in der Pflicht eine Verkehrslösung für die Anwohner zu fin-

den. Und wenn Herr Piech zu Herrn Hoffmann gesagt hat: „Machen's fertig!“, dann sollte auch VW in die Verantwortung genommen werden.

Noch 2010 stellte der damalige Ministerpräsident C. Wulff fest: „VW ist Hauptnutzer des Flughafens.“ Die Erweiterung der Landebahn wurde offiziell für Forschungszwecke gebaut. Da es nur wenige solcher Flüge gibt, wäre eine Alternative zum Tunnel, eine Lösung mit versenkbaren Zäunen.

Ähnlich wie bei der K21, die Straße zum Amphibienschutz zu sperren, könnte man die Grasseler Straße für Forschungsflüge sperren. In Finkenwerder und Gibraltar arbeitet man mit Ampel und Schranke und in Oberpfaffenhofen gibt es ein großes Schiebeter. Wieso also nicht auch am Forschungsstandort Braunschweig innovativ sein? Ich weiß, dass viele Bürger meiner Meinung sind. Ich kann sie nur ermutigen sich zu empören. Eine Nulllösung wird für mich inakzeptabel bleiben.

Tatjana Jenzen, Bezirksrat 112

Baumkataster jetzt online

In der letzten Sitzung des Grünflächenausschusses am 12.12.2011 hatte die Verwaltung den Ausschussmitgliedern in Form einer Powerpointpräsentation das aktuelle „Baumkataster – Baumkontrolle – Baumpflege“ (Stand November 2011) zu den Braunschweiger Stadtbäumen präsentiert. Im digitalen Baumkataster wird der städtische Baumbestand dokumentiert und verwaltet, das Kataster gibt unter anderem Auskunft über die Baumarten, das Baumalter, die Vitalität der Bäume, die festgestellten Schäden und die vorgesehenen Maßnahmen. Einziger Haken an der Sache für die Braunschweiger Bürger: Sie haben auf das Kataster bis dato keinen unmittelbaren Zugriff. Sie müssen erst Kontakt mit Mitarbeitern der Verwaltung aufnehmen, müssen einen Termin abmachen und können erst dann in das Baumkataster über das städtische Grünflächeninformationssystem (GRIS) Einsicht nehmen. Auf Anregung von BIBS-Ratsherrn Dr. Wolfgang Büchs im

letzten Ausschuss des alten Jahres, die Stadt möge doch bitte prüfen, ob das Baumkataster nicht auch als Bürgerservice für Jedermann online gestellt werden könnte, hat die Verwaltung nun mitgeteilt, dass man dem Wunsch der BIBS-Fraktion nachkommen werde. Recherchen hätten zwar ergeben, dass bundesweit bisher keine andere Stadt ein Baumkataster online gestellt habe, lediglich im Ausland sei man fündig geworden – nach Rücksprache mit den städtischen IT-Spezialisten habe es aber keine Zweifel mehr an der prinzipiellen Machbarkeit gegeben.

Ein knappes halbes Jahr werde man jetzt in Etwa noch brauchen, um die Lösung technisch umzusetzen, so die Verwaltung in der Sitzung am 10. Januar, dann werde das Kataster ab dem Sommer für alle Bürger online einsehbar sein.

Die BIBS-Fraktion freut sich über diesen kleinen, aber feinen Erfolg in puncto mehr Bürgerfreundlichkeit und mehr Transparenz!

Bürgerferne bei Flughafen- ausbau und Verkehrslenkung

Die Tiefbauarbeiten zur Verlängerung der Start- und Landebahn des Braunschweiger Flughafens wurden im letzten Jahr beendet, doch zu welchem Preis! Statt Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern gab es nur Überheblichkeiten, Unwahrheiten und Aktionen von oben herab. Dieses traurige Possenspiel begann sofort mit der Ratssitzung zum Grundsatzbeschluss für die Verlängerung der Start- und Landebahn des Braunschweiger Flughafens. Damals behauptete Rats-

herr Manlik (CDU) zu den geplanten Abholzungen im Querumer Wald: „Was sind schon 500 Bäume gegen 500 Arbeitsplätze“ (Ratssitzung am 10.12.2002). Bürgerinitiativen hatten sich den Richtwert der Nds. Landesforsts zueigen gemacht, nach dem bei ca. 100 ha betroffener Waldfläche 60.000 Bäume zu Schaden kommen würden. In ähnlicher Weise äußerte sich

Ratsherr Sehrt (CDU) in der Ratssitzung vom 18.07.2006: „Wir schaffen gerade die Landschaftsschutzgebietsverordnung, um den Wald zu schützen!“

Was dabei herausgekommen ist, zeigt das beiliegende Foto des Querumer Waldes. Auf den verordneten Schutz des im Querumer Wald beheimateten, hoch geschützten Mittelspechts angesprochen, antwortete Manlik (CDU) zynisch: „Der Mittelspecht, der wird umgesiedelt, wenn er denn noch da herumfliegt.“ (Sendung „Der reale Irrsinn“, NDR Extra3 vom 31.01.2010). Die Zufahrtswege für Rettungs- und Brandeinsätze haben sich durch die Sperrung der Grasseler Straße wegen des Flughafenbaus verlängert. Im Jahre 2011 war in Waggum ein Haus bei zu spätem Einsatz der Feuerwehr vollständig abgebrannt. Am 14.12.2011 erklärte im Feuerwehrausschuss auf Nachfrage von Ratsherrn Jenzen der

Einsatzleiter der Berufsfeuerwehr, Herr Brandoberrat Michael Hanne, dass im Nordosten der Stadt das Schutzziel nicht erreicht werden kann (Stadt Braunschweig, Drucksache 3643/11). Dessen ungeachtet behauptete Stadtrat Lehmann anlässlich einer Bürgerfragestunde am 13.1.2012 in Waggum: „Die Einsatzzeiten sind nach Rücksprache in Ordnung. Es gibt keinerlei Beeinträchtigung.“ Seit Anfang 2011 war der Stadtverwaltung bekannt, dass die sogenannte Ostumfahrung des Braunschweiger Flughafens wegen naturschutzrechtlicher Bedenken nicht genehmigungsfähig sei. Dessen ungeachtet hielt es die Verwaltung der Stadt Braunschweig nicht für nötig, den hiervon unmittelbar betroffenen Stadtbezirk umgehend zu informieren. Diese wenigen Beispiele zeigen die tiefe Kluft zwischen der Stadtverwaltung und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

Was haben die Privatisierungen der Stadt gebracht?



Die BIBS-Fraktion hat nach 10 Jahren Privatisierungs-Politik Bilanz gezogen. Als zusammenfassendes Ergebnis wurde die Aktion „Braunschweiger Schuldendeckel - wer soll das bezahlen“ gestartet.

Damit geben die Bürgerinitiativen eine passende Antwort auf den denkwürdigen Vorschlag einer "Schuldenbremse" genau von denjenigen, die die Schulden in den vergangenen Jahren so kreativ versteckt und obendrein städtisches Vermögen in 10 Privatisierungs-Jahren verschleudert haben.

Zehn-Jahres Bilanz

Auf vierzig Seiten, garniert mit acht Graphiken, liess Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann jetzt vom Referat "Steuerungsamt" der Stadtverwaltung die Bilanz seiner zehnjährigen Arbeit im Rathaus zwischen 2001 und 2011 dokumentieren. "Die Unterlagen geben einen guten Überblick über die vielen interessanten Ereignisse und die bemerkenswerte Entwicklung, die es in Braunschweig in den letzten zehn Jahren gegeben hat", schrieb dazu die Rathaus-Pressestelle.

Aufgegliedert in verschiedene Projekte von "Neuausrichtung des Internetportals www.braunschweig.de" (119.000 Euro) entstand ein Leistungskatalog der bisherigen Amtszeit. Dickste Brocken sind die "Privatisierungen und Veräußerungen von Geschäftsanteilen städtischer Gesellschaften" (19,8 Millionen Euro) und die "Einrichtung von Ganztagschulen" (13 Millionen Euro) - rechnet man das alles zusammen, müssten unter Hoffmanns Ägide insgesamt 547,75 Millionen Euro allein in die Schulen geflossen sein.

Dass die Stadt die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren von 430 auf 1870 gesteigert hat, taucht in Hoffmanns "Zehn-Jahres-Bilanz" ebenfalls auf - dabei geschah dies auf Vorgabe des Landes. Das Sinken der Arbeitslosenzahl von 10,7 auf 7,5 Prozent bilanziert ebenfalls stolz der OB.

Quelle: braunschweig-report Nr. 45, Nov.2011

Meldung ... Meldung ... Meldung ... Meldung ... Haushalt: Regenerative Energien in Braunschweig stärken!

Mit sieben Für-Stimmen der Fraktionen der SPD, Grünen, BIBS und Piraten - bei vier Gegenstimmen der CDU - hat der Planungs- und Umweltausschuss am 18.01.2012 den Antrag der BIBS angenommen, sofort mehr Maßnahmen im Bereich der regenerativen Energien durchzuführen. Hintergrund: Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 14. Dezember 2010 ein Klimaschutzkonzept zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen beschlossen, zu dem auch eine Prioritätenliste gehört, die in den nächsten vier Jahren abgearbeitet werden soll. In diesem insgesamt 19 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog, finden sich allerdings lediglich zwei Aufgabenfelder aus dem Bereich der regenerativen Energien: „Ausbau Photovoltaik“ und „Fortführung und Erweiterung der Verpachtung städtischer Dächer für solare Nutzung“.

Veranstaltungsankündigung: Wie gelingt die Energiewende in Braunschweig?

Ende 2010 wurden für die Stadt Braunschweig ein Klimaschutzkonzept erstellt und vom Rat ambitionierte Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen beschlossen.

Das Energieforum Region Braunschweig will nach einem Jahr Bilanz ziehen: Was wurde realisiert, wie kann die Energiewende in Braunschweig beschleunigt werden? In einer Veranstaltung am 08. März 2012 werden daher Mitglieder des neu gewählten Stadtrates eine Bewertung der bereits realisierten Schritte vornehmen und sich den Fragen des Publikums stellen. Eine einführende Zusammenfassung des aktuellen Sachstandes wird Herr Gekeler von der Stadt geben. „Für uns besonders wichtig ist die Frage, wie

die Braunschweiger BürgerInnen stärker in den Umsetzungsprozess eingebunden werden können. Wir wollen helfen, diese Potenziale zu aktivieren“ erklärte Helmut Käss vom Energieforum Region Braunschweig.

Donnerstag 08.03.2012, 19.00 Uhr: Erneuerbare Energien in Braunschweig Podiumsdiskussion mit Ratsmitgliedern Stadthalle Braunschweig, Eingang Vortragssaal, Einlass: 18.30 Uhr

Wie Sie vom Atomstrom einfach wechseln können?

Öko-Stromanbieter:
www.ews-schoenau.de
www.lichtblick.de
www.greenpeace-energy.de
www.naturstrom.de

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter www.bibs-fraktion.de

Schluck aus der Pulle

Veolia BS-Energy in Zahlen

Der Konzern Veolia ist in höchster Not. Über 15 Mrd. Euro Schulden sind zu stemmen, nach dem Absturz der Aktienkurse auf unter 9 Euro sprechen Investoren vom „Verlierer des Börsenjahres 2011“.

BS-Energy (75% gehören Veolia) erhöhte deshalb seine Preise für Wasser, Wärme und Strom auf Teufel komm raus, um mit Millionen-Transfers aus Braunschweig den Mutterkonzern zu

retten. Der Geschäftsbericht 2010 von BS-Energy zeigt, wie profitabel es sein kann, wenn jeder Haushalt in Braunschweig ein paar Euro mehr zahlt als nötig. Im Geschäftsjahr erzielte BS-Energy einen Gewinn von 99 Mio. Euro bei einem Umsatz von 647 Mio. Euro. Das bedeutet eine Umsatzrendite von 15%, und dabei sind schon 785 000 Euro Bezüge für die drei Vorstandsmitglieder als Kosten erwirtschaftet. Sol-

che extrem hohen Umsatzrenditen sind die schmerzhafteste Folge bei Privatisierung von Versorgungsunternehmen. Für 2011 und 2012 erwarte man ähnliche Ergebnisse verkündet der Vorstand im Geschäftsbericht. Aufschlussreich ist auch die ausgewiesene Steuerquote von BS-Energy - nur 17% des Gewinnes. Da zahlt doch jeder Mitarbeiter mindestens das Doppelte und vom Rest dann noch die übersteuerten Preise.

Förderverhandlungen wie auf dem Basar

Eine erneute Akteneinsicht warf erneut ein deutliches Schlaglicht darauf, wie bei den Förderanträgen zur Flughafenerweiterung noch viel mehr geschoben und getrickst wird, als bisher schon bekannt geworden ist.

Weil die Niedersächsische Oberfinanzdirektion (OFD) bei einer Prüfung der Förderakten mit Prüfvermerk vom 27.5.2011 moniert hatte, dass eine Vielzahl von Änderungen beim Bau und vor allem bei den Kostenabrechnungen zur Förderung nicht mit den Angaben im Förderantrag übereinstimmten, schrieb die Stadt über die städtische Struktur-fördergesellschaft GmbH (SFB) an die Förderbehörde NBank in Hannover einen Brief, wie die beantragten Fördergelder doch noch für Braunschweig gerettet werden könnten:

„Sehr geehrte Frau Dr. Johannsen, wir möchten eine Reihe von Fragen zu den Feststellungen der OFD im Prüfvermerk vom 27.5.2011, aber auch verschiedene grundsätzliche Fragen, wie z.B. die bereits früher besprochene Einreichung eines Änderungsantrages für die Teilmaßnahme „Ausbau SLB

Ostumfahrung“ und den in diesem Zusammenhang angestrebten Einsatz von erzielten Einsparungen (durch Kostenreduzierungen oder Umschichtung von Maßnahmen) besprechen und einer Klärung zuführen. In der Anlage haben wir die Themenkreise kurz angerissen... gez. Stegmann gez. Loof

Anlage Alternativvorschläge:
a) Die Positionen, die aus Sicht der NBank für eine Zuschuss-Förderung nicht in Betracht kommen, werden gestrichen.

Gleichzeitig billigt die NBank jedoch für das gesamte Förderprojekt einen höheren prozentualen Fördersatz als bisher zu (bisher: 40% für Gewerbeschließung; 50,92% für SLB-Ausbau/Ostumfahrung).

Der neue erhöhte Fördersatz muss sicherstellen, dass der im Ursprungsbescheid bewilligte Zuschußbetrag von knapp 18,7 Mio.€ abgerufen werden kann.

Nach den Vorschriften des GRW-Rahmenplanes ist in besonderen Ausnahmefällen eine Förderung für Infra-



Verfügt nur über einen Briefkasten am Rebering

strukturmaßnahmen bis zu 90% möglich. Eine nachträgliche Änderung des Fördersatzes ist zwar nicht vorgesehen, müßte daher „politisch“ entschieden werden.

b) die NBank streicht die Positionen, die aus ihrer Sicht für eine Zuschussförderung nicht in Betracht kommen und erteilt gleichzeitig die Zustimmung zur Durchführung der neuen Maßnahme „Herstellung von RESA-Flächen“ mit einem Kostenvolumen von knapp 2 Mio. Euro.

Diese Maßnahme ist bislang nicht Teil des Förderprojektes und nicht Bestandteil der Planfeststellung der Verlängerung der Start- und Landebahn und liegt am anderen, westlichen Ende des Flughafengeländes...

(Quelle: Brief der Struktur-fördergesellschaft vom 20.6.2011 an die NBank)
Peter Rosenbaum

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
Telefon der BI Fraktion: 4 70 21 80
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckhaus Schlaeger GmbH & Co. KG
Wolterfer Straße 116-118, 31224 Peine

Alle Jahre fürstliche Groß-Ereignisse

Hunderttausende für Welfen-Hochzeit?

Wenn es trotz neuer Mehrheiten im Rathaus weiterhin dem Oberbürgermeister überlassen wird, ja:

Im Haushaltsplan 2012 waren zunächst für vorbereitende Planungen 150.000 Euro veranschlagt, nun korrigiert die Verwaltung die Ansätze nach oben und teilt übers Wochenende ihre „zwingenden Ansatzveränderungen“ zum Haushaltsplan mit: und da finden sich nun noch mal weitere 500.000 Euro für 2013 wg. der feudalen Hochzeitsfeier.

Mal sehen, ob der Rat der Stadt mit neuer Mehrheit die Neuauflage des dynastischen Gehabes erneut absegnen wird, wie in den letzten Jahren das Kaiser-Otto-Jahr und die Einrichtung des Schloss-Museums.

Die anderen Fraktionen scheinen das auch eher kritisch zu sehen. Prompt weicht Braunschweigs OB'erer Lenker zur Beförderung von Autokratie und Untertanengeist auf die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz aus. In der nb vom 15.1.2012 wird dieser zitiert: Die Stiftung trage zur Bewahrung Braunschweiger Identität bei, was sich beispielsweise in ihrem Engagement für das Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte oder der Stiftung Braunschweiger Residenzschloss ausdrücke. (nb, 15.1.2012, S.2)

Bemerkenswert wieder die „Braunschweiger Identität“, die schon in der Unterwerfungserklärung, welche das Land im Museumsstreit unterschreiben sollte, eine Rolle spielte.

Dort hatte Hoffmann in den Entwurf zum Museumsvertrag eine Unterwerfungsklausel gleicher Befindlichkeit hineingebastelt, die allerdings von der Landesregierung nicht akzeptiert worden war. So wollte man vom Landesmuseum in den Leihvertrag vom 23.7.2010 über fürstliche Sitz- und Liegemöbel (Bett und Thron des Fürsten) zusätzlich noch eine „Wohlverhaltensklausel“ unterschrieben bekommen: „Das Braunschweiger Landesmuseum ist gehalten, auf schutzwürdige Interessen der Stadt, insbesondere auf deren Ruf und Ansehen sowie auf Sinn und Prestige des Schlossmuseums Rücksicht zu nehmen“.

Nun soll die Braunschweiger Identität über Boreks Stiftung Residenzschloss Braunschweig gewahrt und finanziell über die öffentliche Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) befördert werden.

Völlig intransparent können Hoffmann und Borek in diesen Stiftungen schalten und walten, ohne jegliche öffentliche Kontrolle...



Schluss mit dem Untertanengeist

Nächstes Jahr soll wieder in Braunschweig gejubelt werden. Das hundertjährige Jubiläum des Heiratstermins des letzten Herzogpaares soll Braunschweig in Verzücken versetzen. Den Zeitgenossen der krisengeschüttelten Gegenwart gönnt Hoffmann die Teilhabe an einer angeblich heilen Welt, in der oben und unten klar geregelt war. Aus dieser emotionalen Beteiligung soll die Identität der Braunschweiger Bürger neu bekräftigt werden: Wie diese Identität aussehen soll, wird von oben festgelegt: Die Braunschweiger stehen fest zum Welfenhaus und seinen Sachwaltern, die da heißen Borek, Biegel und - so lange er sich noch im Amt befindet - Hoffmann. Ob der Rat der Stadt, wenn er den Haushalt verabschiedet, den von Hoffmann gewünschten 650 000 € zustimmen wird, ist noch offen; es regt sich Widerstand, und nicht nur in den kleinen Fraktionen. Möglicherweise packt auch sie die Wut, dass eine kleine Gruppe von Leuten mit reaktionärer Gesinnung, viel Einfluss und dem Zugang zu viel Geld verordnen will, was Braunschweigs Identität ausmachen soll - nämlich untertänige Ergebenheit gegenüber dem Welfenhaus.

Vielleicht besinnt sich die „Neue Mehrheit“ im Rat darauf, dass Braunschweigs Geschichte nicht nur aus Welfen, sondern auch aus Widerstand, Revolten und Revolutionen gegen die Welfenherzöge bestand. Braunschweig

machte, die gleichermaßen zur Identität dieser Stadt beitragen, doch angesichts des repräsentativen Poms viel zu wenig Beachtung finden.

Falls der Rat aber den Hoffmannschen Plänen zustimmen sollte, dann wird an

doppelter Stärke.

Wer oder was soll denn ins Rampenlicht gestellt werden, wenn man die Welfen feiert?

Zwei unrühmliche Vertreter des Hauses stehen vor der Schlossattrappe: der eine wollte der Französischen Revolution den Garaus machen, der andere verhängte eine rigorose Pressezensur und führte beim Heer die Prügelstrafe wieder ein. Im 19. Jahrhundert blieb das welfische Braunschweig ein rückständiger Kleinstaat, dessen Bevölkerung unter Armut und Dreiklassenwahlrecht litt. Eine heile Welt war es keinesfalls, in die das welfisch-hohenzollerische Brautpaar einzog. Die Monarchie, nicht nur in Braunschweig, hatte sich längst überlebt. Die treue Braunschweiger Welfengemeinde erklärt die Hochzeitsfeierlichkeiten zur letzten monarchischen Großveranstaltung Europas vor dem Ersten Weltkrieg. Dieser Krieg, an dessen Ausbruch der Kaiser maßgeblich beteiligt war, stand zum Zeitpunkt der Hochzeit bereits drohend vor der Tür (vgl. das Manifest der deutschen und französischen Sozialdemokraten).

Sein Ende war auch das der deutschen und Braunschweigischen Monarchie.

Verschwenderisch

Die „Kulturentwicklung des gesamten Braunschweiger Raumes“ ist für den Oberbürgermeister eine Kernfrage der „Braunschweiger Identität“ (siehe sein BZ-Interview 7.1.2012).

Solcherart „Kultur“ kommt Braunschweig teuer zu stehen: die Schlossfassade kostete Braunschweig rd. 17 Mio. €. Der „Schloss-ähnliche“ Innenausbau kostete 1,2 Mio. € (Auftrag vom 4.6.2006 an das Berliner Büro Stuhlemmer), zusätzlich auch noch von der Stadt an Credit Suisse 2,8 Mio. € für Mieterebauten und obendrein einige Hunderttausend €, die für Thronsaal und Rundzimmer von den öffentlichen Stiftungen eingepflegt wurden. Trotzdem verkündete OB Hoffmann am 1.9.2006: **„In das Schloss investiert die Stadt keinen Cent!“**

Die Quadriga-Kosten für Statik, Prüfstatik und jährlichen Revisions- und Bewirtschaftungskosten schlugen bereits mit über 100.000 € zu Buche.

Die Herrichtung des Schlossmuseums wird mit rd. 3 Mio. € beziffert; allein die Renovierung des Fürsten-Throns sowie des fürstlichen Himmelbettes haben die Stadt rd. 100.000 € gekostet. ...als kleines Sahnehäubchen obendrauf dann noch zwei Gemälde des Künstlers Prof. Winner mit Schloss-Motiv für das Büro des Oberbürgermeisters.

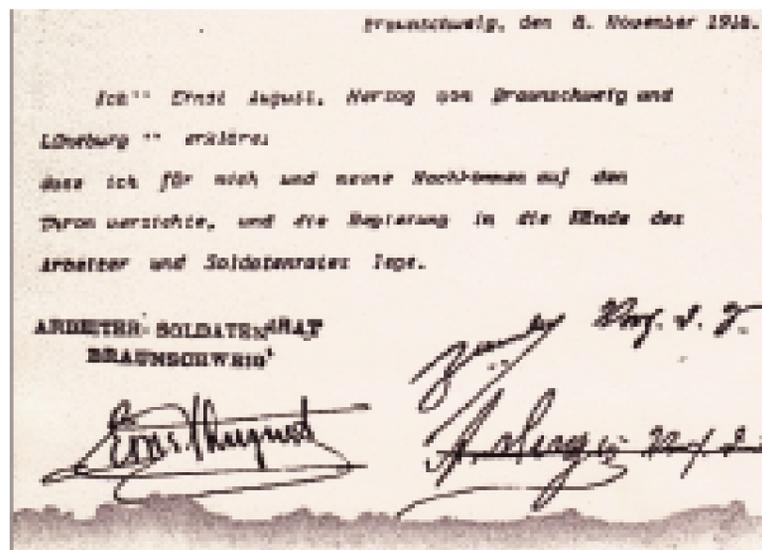
Diese Kosten tauchten nur beiläufig in den Geschäftsberichten der städt. SBBG (ehemals Stadtwerke GmbH) auf - Kostenpunkt rd. 20.000 €.

Viktoria Luises Welfenprinz musste abdanken. Für das Jahr 1913 gibt es nichts zu feiern. Man sollte uns dieses verlorene „Jubiläum“ ersparen.

Manifest der SPD und der Sozialistischen Partei Frankreichs vom 1. März 1913 zum drohenden Ersten Weltkrieg:

„Die französische und die deutsche Sozialdemokratie erheben einmütig und einstimmig Protest gegen die unaufhörlichen Rüstungen, die die Völker erschöpfen, sie zur Vernachlässigung der wichtigsten Kulturaufgaben zwingen, das gegenseitige Misstrauen steigern und, statt den Frieden zu sichern, Konflikte herausbeschwören, die zu einer Weltkatastrophe führen mit Massenvernichtung und Masseneleud im Gefolge ...

Die herrschenden Klassen hüben und drüben sind es, die die nationalen Gegensätze, statt sie zu bekämpfen, künstlich verschärfen, die gegenseitige Feindseligkeit schüren und dadurch die Völker von ihren Kulturbestrebungen und ihrem Befreiungskampf im Inneren ablenken. ...“



„Abdankungsurkunde: Erklärung des Herzogs Ernst August von Braunschweig und Lüneburg vom 8. November 1918“

hat genauso eine bürgerliche Tradition. Es besaß vor allem im 18. und 19. Jahrhundert ein gebildetes Bürgertum, das dem Gemeinwesen kulturelle Einrichtungen (Bibliothek, Stadtarchiv) ver-

vielen Stellen im Kulturbereich das Geld für innovative Projekte fehlen, und da auch die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz kein Geld mehr übrig hat, trifft es alle anderen mit

Meldung ... Meldung ... Meldung ... Meldung ... Meldung

Borek verzichtete auf die 4. Fassadenseite

Die Akten über die Verhandlungen zur Schloss-Rekonstruktion zwischen Stadt und der Investorengruppe ECE/Credit Suisse enthalten einen Brief mit pikanten Details kurz vor der entscheidenden Ratssitzung Mitte 2003, wonach nicht etwa die Stadt-Gremien, sondern der Privatmann Borek die Entscheidungen traf:

Zur Reduzierung der Schlossfassade an drei Gebäudeseiten: „Die zwischenzeitlich in Planung genommene 4. Gebäudeseite war in bisherigen Vereinbarungen nicht enthalten und wird nach Aussage von Herrn Borek auch durch die Schlossfreunde nicht gefordert. Somit sollte sie entfallen, was gegenüber den geschätzten Kosten von 14.3 Mio. € eine Einsparung von 1 Mio. einbringt.“ (Schreiben von ECE an OB Hoffmann vom 29.5.2003)

25 Jahre Friedenszentrum

Im März 2012 feiert das Friedenszentrum e.V. Braunschweig sein fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Im Frühjahr 1987, auf der Höhe des Kalten Krieg, dessen baldiges Ende damals noch niemand ahnte, suchten Frieder Schöbel und seine Mitstreiter nach Positionen jenseits des gängigen Lagerdenkens, wobei die Orientierung an den Menschenrechten und an Dieter Senghaas' zivilisatorischem Hexagon (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Soziale Gerechtigkeit Konfliktkultur, Interdependenz und Entprivatisierung der Gewalt) eine zentrale Rolle spielen. Deutsch-deutsche Begegnungen kennzeichneten diese erste Phase; doch fehlte es nicht an den noch immer aktuellen Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. In den neunziger Jahren und nach der Jahrtausendwende erweiterte sich das Spektrum um wirtschaftliche, kulturelle, ökologische oder andere Themen, die zum inneren und äußeren Frieden beitragen. Neben der erfolgreichen Reihe „Wege zu einer Kultur des Friedens“, die es inzwischen auf mehr als 100 Veranstaltungen gebracht hat, prägen Ausstellungen, aber auch Theateraufführungen das öffentliche Erscheinungsbild dieses lebendigen, wenn auch nicht mitgliedsstarken Vereins. Mit den jährlichen Hiroshima-Gedenkveranstaltungen Anfang August, wenn in Erinnerung an die Seelen der Toten Hunderte von Kerzen auf der Oker schwimmen, ist dem Friedenszentrum eine Veranstaltungsform gelungen, welche die Zuschauer ergreift.

Seinen Geburtstag feiert das Friedenszentrum am 15. März diesen Jahres in der Alten Waage mit einem Vortrag von Professor Roland Roth (Berlin und Magdeburg), der in seinem Vortrag über „Murbürger“ die aktuelle Aktivitäten von Bürgerinitiativen beleuchtet (19 Uhr, Der Eintritt ist frei).

Wie weiter mit der „tickenden Zeitbombe“ Rathaus-Neubau?

Am 25.08.2004 beschloss der Bauausschuss einstimmig die energetische Sanierung der Flachdächer des Rathaus Neubaus einschließlich Dachbegrünung (Ds. 8997/04).

In der Folge wurde die Dachbegrünung zu rd. einem Drittel umgesetzt. In einer Pressemitteilung vom 10.02.2009 teilte OB Dr. Hoffmann schließlich mit, das Rathaus sei „unter energetischen Gesichtspunkten in katastrophalem Zustand und überdies den Mitarbeitern nicht mehr zuzumuten [...]“. Das Rathaus sei derzeit eine Zeitbombe, es ginge bei der Sanierung nicht um das ‚Ob‘, sondern um das ‚Wann‘ [...].

Wie die Balkone seien die Dächer schadhaft und sorgten wegen fehlender Isolierung ebenfalls für Wärmeverluste. In der BZ am gleichen Tage

wurde der OB sogar mit den Worten zitiert: „Das Gebäude ist eine tickende Zeitbombe“. Aus diesem Grunde sollte der Rathaus Neubau bis zum 5. Obergeschoss abgerissen werden.

In der Folge veröffentlichte die BIBS-Fraktion am 28.04.2009 eine im März 2008 abgeschlossene Forschungsstudie zur „energieeffizienten Sanierung von Bürogebäuden der 50er bis 70er Jahre“ der TU Braunschweig, deren Herausgabe der TU seitens der Stadt untersagt worden war.

Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass der Rathaus Neubau mit den „zur Verfügung stehenden Mitteln effizient und komfortgerecht saniert werden“ könne.

Am 10.11.2009 wurde schließlich in einer Pressemitteilung der Abriss des Rathaus Neubaus „bis auf Weiteres zu

den Akten“ gelegt. Dennoch teilte der damalige Stadtbaurat Wolfgang Zwafelink mit Ds. 10706/10 noch im März 2010 mit, die unterbrochene Sanierung der Flachdächer einschließlich Dachbegrünung werde „nicht fortgesetzt“. Ein entsprechender BIBS-Haushaltsantrag, die Dachbegrünung nun fortzusetzen, wurde im Bauausschuss am 17.01.2012 abgelehnt. Offenkundig gibt es derzeit keine Pläne, wie mit dieser angeblich „tickenden Zeitbombe“ umgegangen werden soll. Als letzte Maßnahme beschloss der Rat am 8.11.2011, neue Aufzüge in den Rathaus Neubau für 292.500 Euro einzubauen. Die BIBS-Fraktion fordert, dass umgehend mitgeteilt wird, wie die Sanierung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln effizient und komfortgerecht erfolgen kann.

Einführung des Braunschweig Passes steht bevor



Im Zuge der so genannten „Haushaltskonsolidierung“ hatte Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann nach seinem Amtsantritt 2002 den 1990 eingeführten Braunschweig-Pass abgeschafft, der einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern in Braunschweig u.a. die Nutzung des ÖPNV und den Besuch von Bädern

zu ermäßigten Preisen ermöglichte.

Ein solcher Pass ist dringend erforderlich, um angesichts der sozialen Realität einkommensschwachen Familien durch reduzierte Eintrittsgelder und vergünstigte Gebühren die Teilnahme und Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen und sportlichen Leben der Stadt Braunschweig bezahlbar und möglich zu machen. Die Notwendigkeit der Einführung zeigte sich in der Diskussion im Sozialausschuss am 19.01.2012, bei der über den BIBS-Antrag zur Einführung des Braunschweig Passes debatiert wurde, deutlich. Auch SPD und Linke hatte ähnliche Anträge gestellt. Schließlich wurde beschlossen, dass die Verwaltung ein Konzept für den Braunschweig Pass mit den Kosten, möglichen Teilnehmern etc. erstellen soll, das der Rat dann noch präzisieren soll. Mit den Stimmen von BIBS, Grünen, Linken und SPD wurde im Sozialausschuss schließlich der Antrag mit sieben Fürstimmen angenommen (die CDU-Vertreter enthielten sich der Stimme). Damit steht die Einführung des Braunschweig Passes kurz bevor!

Stimmungsmache für Iran-Krieg in der BZ

Seit einiger Zeit braut sich etwas um den Iran zusammen. Jedem einigermaßen sachverständigen Menschen dürfte klar sein, dass Krieg in diesem Fall ganz sicher keine vernünftige Option darstellt. Insofern ist es geradezu atemberaubend, wie locker der Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung Herr Maus in seinem Kommentar vom 02.01.2012 in der BZ mit dieser Option umgeht:

1. Keineswegs sagt er nur einen Krieg vorher oder gibt nur die Einschätzung, er sei „nicht mehr auszuschließen“. Vielmehr liefert er Argumente für einen solchen Schritt. Beispiel: „So kriegsmüde Obamas Amerika sein mag..., man darf weder die Bedrohung Israels und halb Europas durch Atomwaffen dulden, noch eine Blockade der Öltransporte...“

2. Er klagt an: „Iran ist in der Lage Uran anzureichern, es testet Raketen, die einen Atomsprenkopf nach Tel Aviv und vielleicht bald bis nach Paris tragen könnten.“ Nun sind aber nach dem Atomwaffensperrvertrag die Urananreicherung und die Entwicklung von Raketen keineswegs verboten - weder

dem Iran noch den anderen Vertragsstaaten. Falls Herr Maus das nicht weiß, kann er es in einem grundlegenden FAZ-Artikel von Dr. Hans Rühle nachlesen (04. März 2006).

3. Irans Spitzenpolitiker drohen „Israel mit der Vernichtung“ und arbeiteten „unbeirrbar daran, es tun zu können“. Mit diesem Satz suggeriert Maus höchste Gefahr für Israel. Was er nicht anspricht, ist die Tatsache, dass Israel im Gegensatz zum Iran längst über eigene Atomwaffen verfügt. Nach seiner Logik ist Israel selber also allemal in der Lage, Iran zu vernichten oder damit zu drohen.

4. Selbst wenn der Iran in Zukunft über Atomwaffen verfügen sollte, wäre ein Angriff mit solchen Waffen auf Israel selbstmörderisch, wie dann natürlich umgekehrt genauso. Daraus ergibt sich dann die gegenseitige Abschreckung, wie nicht wenige noch aus der Zeit des Ost-West-Konfliktes wissen. So versteht man auch den Satz des US-Sicherheitsberaters Brzezinski, „ein nuklearer Iran wäre nicht gefährlicher als die Atommächte Indien oder Pakistan. Oder etwa Israel.“ (STERN, 27. April

2006). Er äußert sogar die Ansicht, dass selbst eine Atommacht Iran „nicht viel schlimmer als im Moment“ sei.

5. Schließlich schürt Herr Maus Illusionen über die Erfolgsaussichten eines den „Lebensnerv“ Irans treffenden Öl-Boikotts: „Kaum vorstellbar, dass die iranischen Bürger stillhielten, falls lebenswichtige Importgüter ausfielen“. Wenn die USA darauf vertrauten, würde das ihre Eskalationsbereitschaft nur befeuern; damit könnte dann eine Situation entstehen, die so keiner gewollt hat und die völlig außer Kontrolle gerät. Gerade iranische Oppositionelle werden nicht müde darauf hinzuweisen, dass der Druck von außen eher bewirkt, dass das iranische Regime es noch einmal schafft, größere Teile des Volkes an sich zu binden.

Herr Maus wird diesen Kommentar wohl am Neujahrstag verfasst haben. Viele Menschen sind an diesem Tag schwer verkatert, manche noch in der Sektlauge des Vortags. Wenn auf Herrn Maus allerdings keines von beiden zutreffen sollte, müsste man sich ernsthaft Sorgen machen. *Andreas Matthies*
Quelle: www.braunschweig.spiegel.de

Versammlungsrecht:

Was ist eigentlich aus den Strafurteilen geworden?

Wie in der vorletzten Ausgabe dieser Zeitung berichtet, war der BIBS-Ratscherr Peter Rosenbaum vom Amtsgericht Braunschweig zu rd. 20.000 Euro Strafe für angebliche Verstöße gegen Auflagen der städtischen Versammlungsbehörde als Verantwortlichen der Demonstrationen gegen die Vernichtung

des Querumer Waldes verurteilt worden.

Diese Verurteilung ist allerdings nicht rechtskräftig, Rosenbaum hat Berufung eingelegt.

Nun urteilte zwischenzeitlich das Verwaltungsgericht Braunschweig am 6.10.2011, dass z.B. die Auflage der Stadt, wonach der Gebrauch eines Me-

gaphones im Wald nicht erlaubt und damit strafwürdig sei, nichtig ist. Daraufhin hat das Amtsgericht nun reagiert und mit Beschlüssen vom 31.10.2011 sowie vom 2.11.2011 die Verhandlung über weitere 11 vorgelegte „Vergehen“, für welche die Stadt den Ratscherrn auch noch hat anklagen lassen, eingestellt.



Braunschweig bekommt wieder eine Verbraucherzentrale!

Besonders Geringverdienende müssen seit Jahren mit immer weniger Geld auskommen. Umso wichtiger ist es, dass sie nicht auch noch „abgezockt“ werden. Eine Verbraucherzentrale berät Bürgerinnen und Bürger in allen wirtschaftlichen Fragen.

Sie verfügt über zahlreiche Informationen, die private Haushalte nur unter großem Aufwand beschaffen können. Während in zahlreichen kleineren niedersächsischen Städten (z.B. Gifhorn, Peine, Goslar) Verbraucherzentralen bestehen, besaß Braunschweig als zweitgrößte Stadt in Niedersachsen seit der Schließung 2003 keine mehr. Das wird sich jetzt ändern: Der Rat hat nun am 13.12.2012 mit der neuen Ratsmehrheit und gegen die Stimmen der CDU die Wiedereinrichtung beschlossen. Der angenommene Antrag sieht vor, in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V. eine Verbraucherzentrale einzurichten. Nach den Verhandlungen soll der Rat über die Ergebnisse unterrichtet werden. Die Einrichtung der Verbraucherzentrale soll noch in diesem Jahr erfolgen!

Stadionumbau:

100 mehr VIP-Plätze 1 Mio. Euro Mehrkosten

Am 06.02.2011 wurden die Braunschweiger befragt, wie sie zum geplanten Ausbau der Westtribüne des Eintracht-Stadions, bei der auch 1000 VIP-Logen geplant waren, stehen und ob sie befürworten würden, dass dies für rund 14,5 Mio. Euro aus städtischen Mitteln erfolgen sollte. Die Braunschweiger sprachen sich mehrheitlich für diesen so dargelegten Umbau aus und der Rat beschloss ihn dann. Nun teilte die Stadt mit, dass Eintracht selbst Änderungswünsche (u.a. 100 mehr VIP-Sitze) habe: Kostenpunkt rd. 400.000 Euro. Zudem hätten sich „zwingende Änderungen der bisherigen Bauplanung“ ergeben: Kostenpunkt rd. 600.000 Euro. Die Bürger haben nun aber im Frühjahr darüber abgestimmt, dass der Umbau aus städtischen Mitteln erfolgen solle, darauf

hatte die CDU ausdrücklich bestanden. Zudem war die Frage nach den VIP-Logen schon im Vorfeld der Bürgerbefragung kontrovers diskutiert worden... Der Ausweg aus der Misere: Eintracht erklärt sich bereit, in Zukunft eine erhöhte Stadionpacht zu zahlen und die rd. 400.000 Euro in sechs Raten damit abzubezahlen. Gleichzeitig hat die Verwaltung bei der Umbauplanung „Einsparpotentiale“ in Höhe von rd. 1 Mio. Euro ausgemacht. Diese können nun dafür verwendet werden, die zwingenden Änderungen bei der bisherigen Bauplanung auszugleichen. Und für später noch auftauchende Mehrkosten schlägt die Verwaltung in der Mitteilung vor, die übrig gebliebene 400.000 Euro „als Reserve“ dem Projekt zuzuordnen... Der Rat beschloss diese Vorlage mehrheitlich.

BIBS setzt Schwerpunkt auf Kinder, Soziales und Umwelt

Von rund 30 Haushaltsanträgen, die die BIBS-Fraktion in die Beratungen zum Haushalt 2012 eingebracht hatte, wurden in den Sitzungen der Fachausschüsse, die den Haushalt vorberaten, immerhin 12 Anträge angenommen!

Darunter sind acht Anträge im Bereich Soziales (u. a. Einführung des Braunschweig Passes), zwei im Umweltbereich (Stärkung regenerativer Energien und Zuschuss für den BUND) und einer in der Kinderbetreuungslandschaft (Erhöhung des Zuschusses an den Dachverband der Elterinitiativen DEB e.V.). In allen Beratungen in den verschiedensten Ausschüssen wurde nochmals sehr deutlich, dass nun neue Mehrheiten in den politischen Gremien herrschen: die CDU hat zu den Beratungen keinen einzigen Haushaltsantrag gestellt! Zudem

wollte die CDU in allen Ausschüssen erreichen, dass alle Anträge ohne Abstimmung passieren gelassen werden, da man sich in der CDU-Fraktion noch nicht habe abstimmen können.

Als BIBS-Ratscherr Peter Rosenbaum im Sozialausschuss am 19.01.2012 daraufhin bemerkte, die CDU habe da wohl ihre Hausaufgaben nicht gemacht, reagierte CDU-Ratscherr Björn Hinrichs äußerst empfindlich mit den Worten: „Die BIBS stellt doch eh jedes Jahr die gleichen Anträge!“

Was natürlich auch als Kompliment verstanden werden kann, setzt die BIBS-Fraktion doch seit Jahren den Schwerpunkt in den Bereichen, Kinder, Jugend, Soziales und Umwelt - und erstmals in diesem Jahr sind mit der neuen Ratsmehrheit auch Umsetzungsmöglichkeiten dieser Politik gegeben.

Occupy auch in Braunschweig

Es geht um die weltweite Entwicklung von Schuldrechtsverhältnissen (occupy) und dem damit einhergehenden Demokratie-Verlust, so auch in Braunschweig mit verschlungenen Finanzierungsprojekten wie PublicPrivatePartnership (wie jüngst mit alter Ratsmehrheit beim ppp-Schulsanierungs-Projekt) oder mit sog. „Forfaitierungs“-Schuldverträgen von bis zu 30 Jahren (wie beim Abwasserprivatisierungsvertrag mit veolia).

Die europäischen Regierungen sind nun dabei, den ESM (Europ. Stabilitätsmechanismus) zu beschließen, was zur weitgehenden Abgabe der einzelstaatlichen Finanzhoheit an eine autokratisch fungierende übergeordnete europäische Finanzbehörde führen würde.

In seiner gegenwärtigen Fassung statet der nun durch die Regierungen beschlossene Vertrag zur Einrichtung des ESM seine Gremien (Gouverneursrat

und Direktorium) mit weitreichenden Befugnissen und einer nahezu diplomatischen Immunität aus!

„Faktisch handelt es sich um ein Ermächtigungsgesetz zur Beseitigung der Finanzhoheit, grundlegender demokratischer Rechte und der Souveränität der Euro-Länder. Mit den Instrumenten EFSF und ESM wird eine Politik fortgesetzt, die ausschließlich den Interessen von Spekulanten dient. Die Mittel fließen weder den verschuldeten Staaten noch ihren Bürgerinnen und Bürgern zu, sondern sie dienen der Bedienung der Bankkredite. Die Bankinstitute werden mit frischem Kapital aus Steuergeldern ausgestattet und sie verwenden diese Mittel, um spekulative Geschäfte mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Wohnungen, aber auch mit Unternehmen zu machen.“

www.occupy-hannover.de/wp-content/uploads/group-documents/3/1323248447-flyer_esm_thomas.pdf



Schlossplatz am 24.10.2011

Was ist die Occupy-Bewegung?

Die Rettungsschirm-Krise haben wir, weil die Reichen immer reicher werden.

Die Occupy-Bewegung besteht weltweit aus Menschen, die verstehen, dass öffentliche Schulden die Reichen immer reicher machen. Die Mehrheit der Bevölkerung dagegen wird die Schulden nicht los, sondern hat trotz komprimierter Arbeit immer weniger Lebensqualität. Die arbeitende Bevölkerung muß sich beteiligen, Wachstum zu erwirtschaften, während das Wachstum sich bei Banken und den Reichen immer mehr anhäuft. Hohe Zinsen für Kredite an Staaten vermehren das Kapital der Banken.

So werden Länder ruiniert. Sie geraten in Schwierigkeiten und streichen zuerst die Sozialleistungen, beim Gesundheitswesen und bei der Bildung, bis hin zur Kinderarmut. Das Vermögen der Reichen in Deutschland hat sich genau dadurch (z.B. in 2010) um über 200 Milliarden vermehrt.

Wir wollen eine Demokratie, in der Banken diese Umverteilung nicht mehr durchführen können.

- Verstaatlichung der Banken
 - Hohe Steuern für Millionäre und Milliardäre
 - Die Kosten für die Krise sollen ihre Profiteure bezahlen, nicht wir!
- Unsere Jugend braucht wieder eine Perspektive.

Internet-Petition:

www.stoppacta.info/deutsch/werde+aktiv/e-petition/e-petition.html

Einige Artikel des ESM-Vertrages:

Artikel 8: Ziffer 1: Das Grundkapital beträgt 700 Mrd. Euro.

Ziffer 4: Die ESM - Mitglieder verpflichten sich hiermit bedingungslos und unwiderruflich, ihre Einlage auf das Grundkapital ... zu leisten. ... Sie haben allen Kapitalabrufen fristgemäß ... Folge zu leisten.

Artikel 9: Kapitalabrufe, Ziffer 3: ... Die ESM - Mitglieder sagen hiermit bedingungslos und unwiderruflich zu, bei Anforderung jeglichem ... durch den Geschäftsführenden Direktor an sie gerichteten Kapitalabruf binnen 7 (sieben) Tagen nach Erhalt dieser Anforderung nachzukommen.

Artikel 10: Änderung des Grundkapitals, Ziffer 1: Der Gouverneursrat kann Änderungen des Grundkapitals beschließen und Artikel 8 ... entsprechend ändern.

Artikel 17: Aufnahme von Krediten, Ziffer 1: Der ESM ist ermächtigt, ... auf den Kreditmärkten, Kredite von Banken, Finanzinstituten und sonstigen Personen oder Einrichtungen aufzunehmen.

Ziffer 2: Die Modalitäten der Kreditaufnahme werden vom Geschäftsführenden Direktor ... bestimmt.

Artikel 27: Rechtsstellung des ESM, Immunitäten und Vorrechte, Ziffer 1: Um dem ESM die Erfüllung seines Zwecks zu ermöglichen, werden ihm im Ho-

heitsgebiet jeden ESM -Mitglieds die Rechtsstellung, Immunitäten und Vorrechte gewährt, die in diesem Artikel festgelegt sind.

Ziffer 2: Der ESM ... verfügt über volle Rechts- und Geschäftsfähigkeit für den Erwerb und die Veräußerung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Abschluss von Verträgen, das Anstrengen von Gerichtsverfahren.

Ziffer 3: Der ESM, sein Eigentum, seine Finanzmittel und Vermögenswerte genießen unabhängig von ihrem Standort und Besitzer umfassende gerichtliche Immunität...

Ziffer 4: Das Eigentum, die Finanzmittel und Vermögenswerte des ESM sind un-

abhängig davon, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, von Zugriff durch Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jede andere Form der Inbesitznahme, Wegnahme oder Zwangsvollstreckung durch Regierungshandeln oder auf dem Gerichts-, Verwaltungs- oder Gesetzeswege befreit.

Ziffer 5: Die Archive des ESM und alle ihm gehörenden oder in seinem Besitz befindlichen Dokumente im Allgemeinen sind unverletzlich.

Ziffer 6: Die Räumlichkeiten des ESM sind unverletzlich."

Quelle: www.occupy-hannover.de/wp-content/uploads/group-documents/3/1323248447-flyer_esm_thomas.pdf

ACTA muss ad acta gelegt werden!

Mehr als 30 Staaten haben hinter verschlossenen Türen über ein internationales Handelsabkommen diskutiert, das kurz ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) genannt wird. Das ursprüngliche Ziel des Abkommens war die Eindämmung des Handels mit gefälschter Markenware. Inzwischen wurde es zu Ungunsten der Verbraucher ausgeweitet und richtet sich ebenfalls gegen privates Kopieren von nicht näher definiertem „Geistigen Eigentum“.

Aber was bedeutet das für uns? Durch diese Ausweitung wird der ursprüngliche Rahmen des Abkommens, das Bekämpfen der kommerziellen Produktpiraterie, gesprengt. Damit richtet sich ACTA auch gegen jede Privatperson. Seit 2008 ist die Existenz dieses Abkommens bekannt – am 26.01.2012 wurde es von Vertretern der EU und 22 Mitgliedsstaaten unterschrieben. Auffällig ist, dass Länder wie China, Russland oder Indien, die besonders mit Produktpiraterie konfrontiert sind, nicht mit am Verhandlungstisch sitzen. Dafür sitzen neben den Vertretern der teilnehmenden Staaten auch Vertreter der Verwertungsindustrie und ihre Lobbyisten, während nationale Parlamente wie das Europäische Parlament von den Verhandlungen ausgeschlossen bleiben. Dass die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) nicht mit einbezogen wurde, legt den Schluss nahe, dass Transparenz im Entstehungsprozess von ACTA und die Berücksichtigung der

Interessen von Entwicklungsländern verhindert werden sollen. Durch die Umgehung der WIPO wird deutlich signalisiert, dass der Begriff des „Geistigen Eigentums“ bewusst schwammig gehalten wird, um jegliche Formen unerwünschter Verwertung möglichst weiträumig zu unterbinden und kriminalisieren zu können.

Kader Arif, Berichterstatter für ACTA im Europäischen Parlament, ist kürzlich von seinem Amt mit folgenden Worten zurückgetreten: „Ich möchte den gesamten Vorgang, der zur Unterzeichnung dieses Abkommens geführt hat, auf das Schärfste anprangern: Keine Einbindung einer Nicht-Regierungs-Organisation; mangelnde Transparenz von Anbeginn der Verhandlungen an; wiederholte Verschiebungen der Unterzeichnung des Abkommens, ohne dass je eine Erklärung dafür abgegeben wurde; das



Ignorieren der Forderungen des Europäischen Parlaments trotz mehrerer Beschlüsse unserer Versammlung.“ Unter anderem werden die Unterzeichner, zu denen auch Deutschland gehört, zu nationalen Gesetzesänderungen gezwungen, die einer parlamentarischen Verhältnismäßigkeitsprüfung niemals standhalten werden. Dazu gehört auch das sogenannte Three Strikes Modell, welches bei einer vermuteten – nicht bewiesenen

– Urheberrechtsverletzung, den Internetprovidern (Telekom, 1&1, Kabel Deutschland, u.v.m.) vorschreibt einem Bürger den Internetzugang zu sperren. Das ist eine völlig unverhältnismäßige Maßnahme, die tief in die Grundrechte der Bürger eingreift und deren Teilnahme am öffentlichen Leben massiv eingeschränkt. Dass die Verweigerung des Zugangs zum Internet auf Basis einer bloßen Vermutung seitens der Rechteinhaberindustrie passieren soll, ist dabei ein unhaltbarer Zustand und öffnet der Willkür Tür

und Tor. Die in ACTA vorgesehenen drakonischen Strafen für nichtkommerzielle Urheberrechtsverletzungen sanktionieren ein Verhalten, das längst Teil des Alltags, insbesondere junger Menschen, weltweit ist. In den USA kam es mehrfach zu unverhältnismäßigen Schadensersatzansprüchen, die zum Ziel hatten exemplarisch die Existenzen einiger Personen zu zerstören – obwohl die Schädlichkeit andere als erwiesen ist. Die Hoffnung, durch Schadensersatzansprüche in unbegrenzter Höhe, Internetentzug und Gefängnisstrafen das sozial akzeptierte Filesharing eindämmen zu können, ist in seiner Naivität und Unverhältnismäßigkeit mit der amerikanischen Prohibition vergleichbar. Zu dieser individuellen Bedrohung gesellt sich eine enorme Gefahr für die freiheitliche Demokratie. Die Haftbarkeit von Internetprovidern, soweit diese nicht präventiv durch Netzsperrungen und Three-Strikes-Modelle gegen Urheberrechtsverletzungen vorgehen, gefährdet die Netzneutralität und bildet die Grundlage für den Aufbau einer weltweiten Zensurinfrastruktur. Rechteinhaber erhalten durch ACTA das Recht, die Durchsuchung und Beschlagnahme von Laptops und anderen Datenträgern an Staatsgrenzen und sogar die Verhängung einstweiliger Verfügungen ohne Anhörung des Beschuldigten (ex parte) zu erwirken. Schon während der Verhandlungen haben, neben Vertretern der Piraten-

partei überall in Europa, auch diverse andere Gruppen auf unterschiedlichste Art und Weise versucht, auf die Verhandlungsdelegationen des Abkommens einzuwirken. Unter anderem blieb ein offener Brief an die Bundesregierung leider bis heute unbeantwortet. „Dieses Abkommen“, so Kader Arif in seiner Erklärung, „kann schwerwiegende Konsequenzen für das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben und trotzdem wird alles unterlassen, um das Mitspracherecht des Parlaments zu unterwandern. Heute, als Verantwortlicher für diesen veröffentlichten Bericht, wünsche ich daher ein Zeichen zu setzen und alarmiere hiermit die Öffentlichkeit über diese inakzeptable Situation. Ich werde nicht an dieser Maskerade teilnehmen.“ Wir PIRATEN befürchtet, dass mit der Ausweitung von ACTA auf „Geistiges Eigentum“ jeglicher Art und eine dadurch entstehende permanente Kriminalisierung der Konsumenten eine Veränderung der Grundhaltung der Gesellschaft zu ihren kulturellen Errungenschaften einhergeht. Wir warnen ausdrücklich vor einer Entwicklung weg von einem offenen kulturellen Austausch hin zu geschlossenen, konkurrierenden Formen.

Oliver Schönemann



„Unverwelfter Strahlenfranz“

Die rätselhaften Sprachschöpfungen des Braunschweiger Schloss-Dichters U.B. und eine verblüffende Interpretation derselben.

Auf der Internetseite der Stadtverwaltung gibt es zum unerschöpflichen Thema ‚Schloss‘ und ‚Quadriga‘ labyrinthische Pfade, die auch von Eingeweihten nur selten begangen werden. Das ist schade, denn manchmal finden sich am Ende solcher Wege wahre Kleinode. Ein herausragendes Beispiel dafür ist das Gedicht „Herzögliches Schloss zu Braunschweig. Zerstörung durch Brand“, das sich ganz unten im Pressematerial zur Quadrigaaufbringung findet. Dieses vergessene Gedicht, von einem gewissen U.B., offenbar unter dem unmittelbaren Eindruck des katastrophalen Brandes von 1865 geschrieben, wurde - so ist dort zu lesen - von Richard Borek der Stadt überlassen.

Vorgestellt seien zunächst die ersten zwei Strophen dieses Gedichtes. Bitte lesen Sie sorgfältig, am besten laut, Wort für Wort, ja Buchstabe für Buchstabe - Lyrik will nicht überflogen werden - und versuchen Sie des Dichters Gedanken nachzuvollziehen (Ich habe die Stellen, an denen das schwierig werden könnte, hervorgehoben):

Es stand ein Schloss zu Braunschweig, der alten Welfenstadt,
Das nimmer seines Gleichen Deutschen Landen hat.

Richt Riesentürme drohen **fein**, Festungswall **erschredt**,
Ein Landhaus möchte es heißen, im grünen **Bars** versteckt.

Das Aug' des Wandrers blendet nicht, **Schluck noch eitle Bier**,
Richt leere **Schnörseleien** umdüstern Tor und Tür,
Einfach, doch Stolz und Edel es sich im Bau erweist,
So einfach, Stolz und Edel, wie **seines herrliches Geist**.

Richte Riesentürme, grüne *Bars* und *Schnörseleien*, Eine Welt voll unerhörter Gegenstände. Ein Eindruck, der sich durch kryptische und grammatisch nicht mehr fassbare Einsprengsel ("Schluck noch eitle Bier" und "wie seines herrliches Geist") noch steigert.

Was soll das?

Eine erste Idee: Dichter sind sensible Wesen. Hölderlin redete aus Liebeskummer zunehmend wirres Zeug. Warum sollte U.B. (Anmerkung der Redaktion: Das Kürzel des Dichters, nicht Unser-BS!) nicht ein gleiches Schicksal ereilt haben? Den Verstand verloren aus Gram über den Schlossbrand, oder zumindest in den Alkohol geflüchtet? Der Ausdruck ‚Schluck noch eitle Bier‘ ließe sich so doch schon mal bestens erklären.

Eine zweite Idee: 1865? Das war ja geradezu noch Mittelalter; das Mittelhochdeutsche war damals vielleicht noch keine ferne Erinnerung, wer weiß....

Aber das sind - zugegeben - nichts als hilflose Deuteleien. Vielleicht hilft ein Blick auf die 5. Strophe weiter, in der U.B. die Quadriga besingt:

Es hat in Erz getrieben sie Howald meisterlich,
Und Rietschel sie geformet, so; hehe und minniglich,
Um deren Namen leuchtet ein heller Strahlenfranz,
in unverwelftem Schimmer und nie gebleichtem Glanz.

So, so, es hat Rietschel die Quadriga also geformet, so; hehe
Und um des Künstlers *unverwelft* schimmernden Namen leuchtet ein *Strahlenfranz!*

Will sich dieser U.B. lustig machen über uns (hehe), oder ist er schizopren? Hört er Stimmen, vielleicht die des Strahlen-Franzes? Ist U.B. ein Pionier des Dadaismus? Oder ist er am Ende nur ein gnadenlos dummer Dilettant?

Wohl nichts von alledem.

Anders als es in der durchgängig mehr oder minder eigenartigen Wiedergabe der Braunschweiger Stadtverwaltung scheinen mag, hat U.B. wahrscheinlich ein bieder-braves Gedicht geschrieben, das in seinen 17 Strophen sämtlichen Regeln der Logik und der Grammatik des heutigen Hochdeutschen gehorcht.

Wie ist das möglich? Ganz einfach: Das Gedicht von U.B. erscheint in der Fassung der Verwaltung in einer serifenlosen Schrift. Diese war 1865 nicht gebräuchlich. Also darf man annehmen, dass die Verwaltung das vermutlich in Fraktur stehende Original transskribiert hat. Bei solchen Übersetzungen kann der Ungeübte leicht Fehler machen: z.B. ein Fraktur-Z oder -P für ein ‚B‘ lesen, ein Fraktur-k für ein ‚s‘ und ein Fraktur-s für ein ‚f‘ oder ‚l‘ etc. Unter der Annahme, dass die Braunschweiger Verwaltung eben alle diese Fehler gemacht hat, lässt sich das ursprüngliche Gedicht von U.B. leicht rekonstruieren. Es lautet dann in den drei vorgestellten Strophen wie folgt:

Braunschweiger Verwaltungstranskription /
vermutliche Originalfassung (Hervorhebungen = Abweichungen)

1. Es stand ein Schloss zu Braunschweig, der alten Welfenstadt,
Das nimmer seines Gleichen Deutschen Landen hat.
Richt Riesentürme drohen **fein**, Festungswall **erschredt**,
Ein Landhaus möchte es heißen, im grünen **Bars** versteckt.

1. Es stand ein Schloss zu Braunschweig, der alten Welfenstadt,
Das nimmer seines Gleichen in Deutschen Landen hat.
Nicht Riesentürme drohen, **kein** Festungswall **erschreckt**,
Ein Landhaus möcht es heißen, im grünen **Park** versteckt.

2. Das Aug' des Wandrers blendet nicht, **Schluck** noch eitle **Bier**,
Richt leere **Schnörseleien** umdüstern Tor und Tür,
Einfach, doch Stolz und Edel es sich im Bau erweist,
So einfach, Stolz und Edel, wie seines **herrliches** Geist.

2. Das Aug' des Wandrers blendet nicht **Schmuck** noch eitle **Zier**,
Nicht leere **Schnörkeleien** umdüstern Tor und Tür,
Einfach, doch stolz und edel es sich im Bau erweist,
So einfach, stolz und edel wie seines **Herrschers** Geist.



Karikatur: Ulenspiegel

5. Es hat in Erz getrieben sie Howald meisterlich,
Und Rietschel sie geformet, so; **hehe** und minniglich,
Um deren Namen leuchtet ein heller **Strahlenfranz**,
in **unverwelftem** Schimmer und nie gebleichtem Glanz.

5. Es hat in Erz getrieben sie Howald meisterlich,
Und Rietschel sie geformet so **hehr** und minniglich,
Um deren Namen leuchtet ein heller **Strahlenkranz**,
in **unverwelktem** Schimmer und nie gebleichtem Glanz.

Die Transkription der Verwaltung wurde nun nicht etwa nur für die Schublade erstellt. Vielmehr diente sie offensichtlich - nur leicht modifiziert - als Grundlage für den Vortrag dieses Gedichtes anlässlich der feierlichen Quadriga-Einweihung am 27.10.2008. Und so trug ein Festredner vor den Honoratioren der Stadt mit viel Pathos so einigen unverständlichen Blödsinn vor, den im einzelnen aufzudröseln ich dem Leser überlasse. Den Zuhörern gefiel es trotzdem, was nicht weiter Wunder nimmt: wer sich die Karikatur des Ottmer-Schlusses mit seinen grotesken schlossähnlichen Inneneinrichtungen als kulturelle Glanztat verkaufen lässt, wird auch bei einem bis zur Karikatur entstellten Gedicht nicht allzu kritisch sein, wenn es nur mit dem entsprechenden hoheitlichen Gestus vorgetragen wird. Und so brandete ungeteilter Beifall auf, als der Redner endlich hochpathetisch mit den Worten schloss:

Reu schafft des Künstlers Mühe uns die Brunonia,
Reu steht im alten Glanze die Burg der Welfen da.

Ja, ja: das Fraktur-N hat es in sich. Aber Fehler sind ja dazu da, dass man aus ihnen lernt. In diesem Sinne:

Auf ein Reues!

Matthias Witte

Quelle: www.braunschweig.spiegel.de

Braunschweiger CDU vor einem Neuanfang?

Nach der Kommunalwahl 2011 ist die Mehrheit von CDU/FDP und Oberbürgermeister im Rat der Stadt Braunschweig Vergangenheit.

Auch in den 19 Stadtbezirken stellt die CDU gerade mal noch einen Stadtbezirksbürgermeister. Übt sich die CDU deswegen nun in Demut und sucht nach einem angemessenen Demokratieverständnis? Die meisten Bürgerinnen und Bürger hatten sich vermutlich gewünscht, dass die CDU nach der verlorenen Kommunalwahl im Wettbewerb mit den anderen politischen Gruppierungen zu einem erbaulicheren Umgang und zu einem akzeptablen Demokratieverständnis finden würde. Bislang haben sich derartige Hoffnungen allerdings weitgehend zerschlagen: Schon wenige Tage nach der verlorenen Kommunalwahl gab sich die CDU weiterhin von oben herab. Zu der demokratisch gewählten Piraten-Partei, die mit zwei Sitzen in den Rat der Stadt Braunschweig einzog, meinte der CDU-Fraktionsvorsitzende Wendroth (CDU) gnädig: „Man muss sich an die Piraten gewöhnen - aber man sollte ihnen auch eine Chance geben.“ (BZ vom 11.11.2011) Sieht so eine respektvolle Kollegialität unter Ratsmitglie-

dern aus? Die abgewählte Bezirksbürgermeisterin Mundlos (CDU) wies darauf hin, dass in ihrem Stadtbezirk Wenden-Thune-Harxbüttel die vier CDU-Kandidaten unter den neun Bezirksratsmitgliedern 55 Prozent der Einzelstimmen auf sich vereint hätten. Möglicherweise hat die Dame noch nichts vom Verhältniswahlrecht vernommen. Im Hinblick auf die neue und nicht mehr von der CDU dominierte Zusammensetzung des Stadtbezirksrats meinte Mundlos daher bezüglich der Zahlen: „Ich habe eher das Gefühl, der Wille der Bürger wird mit Füßen getreten.“ (BZ vom 4.11.2011). Wolfsburgs scheidender Bürgermeister Schnellecke (CDU), nannte es ein „demokratisches Trauerspiel“, dass keine der drei (demokratisch gewählten) stellvertretenden Bürgermeisterinnen von der CDU käme. (BZ vom 3.11.2011). Am 1.11.2011 fragte der CDU-Fraktionsvorsitzende Wendroth, „ob und inwieweit die Übernahme öffentlich politischer Verantwortung in der Meinungsbildung zu politischen Themen zum Aufgabenbereich eines Kirchenvorstandes gehört.“ Angesichts der Sternsingeraktion 2012 der katholi-

schen Kirche „Klopft an die Türen – pocht auf Rechte“ eine als äußerst provokant und töricht empfundene Frage. Zur Behebung der chaotischen Verkehrssituation im Norden der Stadt Braunschweig nach Sperrung der Graseseler Straße besteht weiterhin kein Konzept. Dessen ungeachtet meint der CDU-Fraktionsvorsitzende Wendroth: „Der Verkehr hat sich aus meiner Sicht gut zurechtgeruckelt.“ (BZ vom 28.12.2011). Sieht so die Sorge der CDU mit den täglichen Nöten und Unfallgefahren der Bürgerinnen und Bürger im Straßenverkehr aus? Die CDU-Postille Wabe-Schunter-Bote vom Dezember 2011 gibt im Beitrag „Kommunalwahl 2011 Verloren? Gewonnen?“ einen Einblick in das Gedankengut der lokalen CDU. Unter anderem heißt es dort wohl mit Bezug auf die Bürgerinitiativen und auf ihre über 600 Demonstrationen zum Erhalt des Querumer Waldes: „Gute Bezirksratsarbeit ist mehr, als sich mit lustigen Westen zu verkleiden und im Wald Maden aus einem Baum zu pulen“. Recht so, denn die Bürgerinitiativen haben ja gerade den Umschwung im Norden der Stadt bewirkt. Ralf Beyer

Bitte kein Salz streuen

Salz und Laugen beschädigen Bäume, Tiere und Grundwasser.

Die Stadt Braunschweig sandte an alle Hauseigentümer ein Faltblatt, in welchem die Verwendung von Auftaumitteln wie Salz oder Laugen untersagt sind. Einzige Ausnahme für Einsatz von Salz ist: bei Blitzeis und Treppen und Rampen für Rollstuhlfahrer. Leider benutzen immer wieder einige Menschen Auftaumittel, weil es bequemer ist, Salz zu streuen, als Schnee zu räumen und zu abzustumpfen. Es ist aber dringend notwendig, dass alle Bürger und Bürgerinnen wieder umdenken. Es ist für uns alle machbar, (wieder so wie es früher

möglich war) den Schnee zu räumen und die Wege mit Sand oder Asche abstumpfen. Bereits jetzt - so war es in der Tageszeitung zu lesen - sind circa 30 % der Bäume = 27.000 von 95.000 Stadtbäumen - durch Salze beschädigt. Das können wir uns für unsere Atemluft nicht leisten. Wir benötigen jeden einzelnen Baum zur Produktion von Sauerstoff und Umstetzung von Kohlendioxid. Auch und gerade die alten großen Bäume sind dabei unersetzlich für uns alle. Achten Sie auf die Winterdienste. Auch diese sind verpflichtet, sich an die Vorgaben - kein Salz zu streuen - zu halten.

Letzte Meldung:

Legendenbildung zur angeblichen Kompetenz von Eckert & Ziegler und ASSE-Lauge

Kann es denn sein, dass der Chefredakteur Maus einfach nur selbst einem Schaumschläger aufgefressen ist? In seinem BZ-Kommentar vom Samstag, dem 4. Februar 2011 verbreitet er „Die angefallene Lauge muss weg. Ein erprobtes technisches Verfahren in einer genehmigten Anlage gibt es offenbar bisher nur in Braunschweig. Ein Neubau bei der Asse wäre nur mit großem Zeitverzug möglich.“ (BZ vom 4.2.2011, S.4) Sollte Herr Maus denn übersehen haben, dass das „erprobte technische Verfahren“ eben nicht in Thune vorhanden ist? Dafür hatte man doch die Sub-Firma **Alliance-Gamma** mit Personal und Apparat aus Moskau geholt. Die Bürgerinitiativen hatten den Vermerk darüber vom 20.7.2011 in der Bürgerversammlung in Wenden am 6.9.2011 veröffentlicht. Schon vergessen, Herr Maus?